

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 1/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheimer Geheimniskrämerei: Transparenz Fehlanzeige?

Fast täglich gab es zuletzt Termine, in denen die Verwaltung ausgewählten Ratsvertretern "geheime" Vorhaben präsentierte, ob zur Rennbahn Raffelberg, zum ÖPNV oder zu Ersatzgebäuden für die VHS (siehe S. 2). Zum Fallwerk-
gelände Weseler Str. legte sie den Antrag vor, die Veränderungssperre aufzuheben. Wofür soll mündlich erklärt werden. Nicht viel anders sieht es bei wichtigen Fragen wie dem Seiteneinsteigerproblem bei Schulen aus (vgl. S. 3).
Irgendwie hat sich die Verwaltung verselbständigt und macht nur noch, was sie will. Ein ungesunder Zustand!

Die abgewählte Frau Steffens (Grüne) nun Krankenkassen-Chefin!

Die Gerüchte innerhalb der NRW-Gesundheitsszene verdichten sich, dass die Techniker Krankenkasse (TK) in NRW eine neue Chefin bekommen soll: Barbara Steffens (Grüne), ehemalige Gesundheitsministerin in NRW, soll angeblich die TK in Düsseldorf leiten. Aus Kreisen der TK wird die Meldung mittlerweile bestätigt. Die ex-Ministerin erhielt bei den Landtagswahlen in ihrem Wahlkreis Mülheim knapp über 4% der Stimmen. Noch Fragen, etwa zu Übergangszeiten zwischen Regierungstätigkeit und neuem Pöstchen aus dem Gefolge des Ministeramts?

Mülheimer Tabuthemen, z.B. Probleme mit sog. UMA`s

Sieben junge Syrer (13-18), 6 davon UMA`s (Unbegleitete Minderjährige Ausländer) aus Mülheim, hatten am 19. November 2017 eine Tchibo-Filiale im Essener Hauptbahnhof komplett verwüstet und zwei Ladendetektive mit einem Messer angegriffen – einer von ihnen musste ins Krankenhaus! Im Jan. nahm der NRW-Landtag Stellung zu dem Vorfall: Auf die Frage, ob die Täter unverzüglich abgeschoben werden, teilte der Landtag mit: „*Der Abschiebung von ausreisepflichtigen Straftätern kommt in Nordrhein-Westfalen eine besondere Priorität zu. (...) Zu konkreten Fällen können aus datenschutzrechtlichen Gründen keine weitergehenden Angaben gemacht werden.*“ Na denn, weiß ja jeder Bescheid, oder? Interessiert in den Mülheimer Lokalmedien anscheinend niemand.

Loveparade- und Stadtarchivprozesse als Staatsversagen?

In der Düsseldorfer Messe findet z.Zt. der Loveparade-Prozess nun doch statt, nachdem er bereits ergebnislos beendet worden war. Die Haupt-Verantwortlichen stehen eh nicht vor Gericht und wenn der Mammutprozess zu sehr verzögert wird, ist sowieso alles verjährt. Alles typisch Duisburg, einer Stadt, in der sich die Skandale besonders wohlfühlen? Küppersmühle, Landesarchiv, Eurogate u.v.v.v.m. lassen grüßen, von Marxloh, Bruckhausen oder der riesigen Erdogan-Fangemeinde ganz zu schweigen. Ein paar Stromkilometer rheinaufwärts hat die rheinische Skandalstadt aber eine echte Konkurrentin, die sogar noch überlegen zu sein scheint und selbst das langweilige Berlin mit seinem BER-Desaster in den Schatten stellt: 2009 stürzte das Kölner Stadtarchiv ein beim Bau der daneben geplanten U-Bahn. Massiv waren Messprotokolle der Schlitzwände gefälscht und für die Statik relevante Eisenteile der sogenannten Bewehrungskörbe geklaut und verscherbelt worden. Zwei Menschen wurden beim Einsturz in den Tod gerissen. Neun Jahre hat es gedauert, bis ein Prozess zum Kölner U-Bahn-Baudesaster beginnen kann. Immerhin, könnte man sagen, wurde der Prozess jetzt endlich eröffnet. Nur, jetzt hat man gerade mal ein Jahr Zeit, den Prozess zu Ende zu führen, denn 2019 ist der Einsturz verjährt. Es ist was richtig faul im deutschen Rechtsstaat, oder?



Auf den folgenden Seiten:

- VHS-Zerstörung, nun Anmietung Ersatzgebäude. Die VHS-Saga - ein "starkes Stück" Mülheim? ... S. 2
- Essener Schulen fürchten den Kollaps wegen zu vieler Seiteneinsteiger? In Mülheim kein Problem?.. S. 3
- Genehmigungsfähiger Etat 2018? Nicht wirklich: Kenia-Beschluss zur Etatteilung unbrauchbar S.4
- 14,3 Mio. "Geschenke" des LVR helfen Mülheim nicht ohne endlich seriösere Haushaltsplanung! S.4

Einlegeblatt: SPD-Nabelschau bald vorbei? Wahrscheinlich immer noch nicht, leider

VHS-Zerstörung, nächster Akt: Anmietung Ersatzgebäude Ein „starkes Stück“ Mülheim oder ein abgekartetes Spiel?

Vor 4 Monaten wurde die VHS in der MüGa Knall auf Fall geschlossen. Bis heute ist nicht klar, welche ach so gefährlichen Brandschutzmängel „plötzlich“ entdeckt worden seien, die nicht bereits 5 Jahre vorher im Brandschutzgutachten von 2012 bereits ausführlich dokumentiert und zur Sanierung aufgelistet waren.



In den 4 Monaten Leerstand hätte die Sanierung längst durchgeführt und beendet sein können. War aber schlichtweg nicht gewollt.

Was in diesen 4 Monaten Ruinendasein alles im Inneren des lange Zeit teuer gegen Zutritt „Unbefugter“ bewachten VHS-Denkmal vor sich ging, weiß keine/r außer den Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung. Die große Mehrheit des Stadtrats von SPD, CDU, BAMH, Grünen und FDP hat die am Tag der VHS-Schließung herausgegebenen Ammenmärchen von „Pfuscher am Bau“, „Schweizer Käse“ u.ä. genauso wie zumeist auch die Lokalmedien inkl. der WDR-Lokalzeit brav übernommen und dauernd wiedergekaut.

Als die öffentliche Kritik dennoch stärker wurde, zog die sog. „Immobilienverwaltung“ IS noch den Joker mit der angeblich bedrohten Statik aus dem Ärmel, eine so haarsträubende Geschichte, dass einem die Spucke wegblieb.

Nachdem die große Ratsmehrheit am 7. Dez. das gesamte Vorgehen der Verwaltung zur VHS-Zerstörung abgenickt hat, folgt nun im Januar der nächste Akt.

Am Mittwoch, dem 17. Jan. lud die Verwaltung Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher der Fraktionen zu einem Besichtigungstermin am Do., dem 25. Jan., für 2 angebliche VHS-Standorte, die aber nicht benannt wurden, vgl. mail unten. Rein „zufällig“ verkündete der SPD-Bundestagsabgeordnete Klare tags darauf am Donnerstag in der WAZ „Klare (SPD): VHS unverzichtbar für Bildungssystem“

Am Samstag präsentierte die WAZ einen Riesenartikel mit den angeblichen Standorten Aktienstr. und Neue Mitte Broich. Die Dezernenten Mendack und Ernst aber ließen die WAZ im Unklaren, welches Gebäude für 5 Jahre Übergangs-VHS (oder dann vielleicht auch endgültige VHS) werden soll. Man möchte wohl keine Diskussion darüber, welche Immobilienfirma der eine Nutznießer der systematischen VHS-Zerstörung werden soll. Den anderen Begünstigten, der irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft das hoch attraktive heutige VHS-Grundstück erwerben können soll, braucht man vorläufig noch nicht zu präsentieren.

Diese Geheimniskrämerei soll alles spannender und „alternativer“ machen.

Und so besichtigten dann ausgewählte Ratsherren und –damen 2 potenzielle VHS-Ersatzgebäude und danach werden sie mit großer Mehrheit einen davon bevorzugen (wie von der Verwaltungsspitze und dem Immobilienbesitzer gewünscht). **Darüber aber, dass die mit Abstand beste, billigste und sinnvollste Alternative darin bestünde, die real existierende VHS endlich zu sanieren und spätestens zum Sommer wieder ganz und vollständig in Betrieb zu nehmen, darüber spricht kaum noch jemand.**

Unsere davor gut funktionierende, einzigartige VHS in der MüGa ist einfach für tot erklärt worden, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste. **Das ist ein Riesenskandal und vor allem SPD und Grüne sollen nicht glauben, dass alles in wenigen Jahren vergessen sein wird, egal was die WAZ so schreibt.**

Beim 3. Versuch in weniger als 4 Jahren, diese inzwischen denkmalgeschützte VHS vom MüGa-Standort weg zu bekommen, haben Verwaltung und Politik dieses Mal anscheinend alles von längerer Hand geplant und eingestielt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hat in den letzten Monaten mit Hochdruck daran gearbeitet, für die VHS für die Zeit in der sie ihr angestammtes Gebäude nicht nutzen kann, einen geeigneten Standort zu finden. Inzwischen sind zwei geeignete Standorte gefunden und die Rahmenbedingungen für eine Anmietung geklärt, so dass nun eine Entscheidung getroffen werden kann. Wir würden gerne mit Ihnen die beiden Standorte besichtigen, damit Sie durch eigene Anschauung eine Grundlage für eine gute Entscheidung haben.

Wir treffen uns am 25. Januar 2017 um 13.00 Uhr im Rathaus, Raum C.110.

Der Transport zu den Standorten wird von uns organisiert. Festes Schuhwerk ist ratsam, da in einem Gebäude Bauarbeiten im Gange sind. Wir gehen davon aus, dass die Veranstaltung ca. 2 1/2 Stunden dauern wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Ernst

Frank Mendack

Beigeordneter

Stadtkämmerer

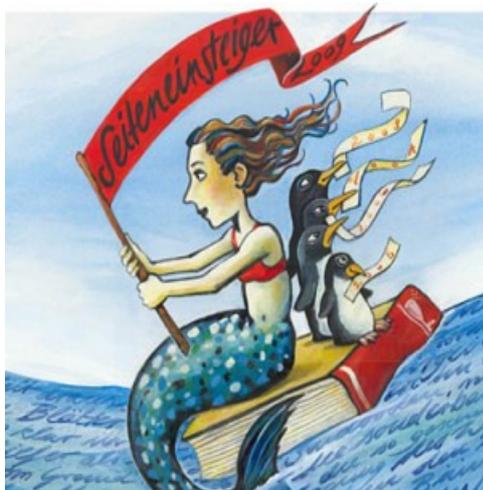
Bei der Begehung zeigte sich, dass die WAZ mit ihren Vermutungen richtig gelegen hatte. Im Rat am 22.2. soll nun entschieden werden, welches Gebäude für 5 Jahre zur Interims-VHS wird!

Auf dem Treffen der BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" ebenfalls am 25. Jan. wollte auch der weltweit renommierte Architekt Teich mit dabei sein, der seinerzeit die einzigartige Mülheimer VHS entworfen und den Bau beaufsichtigt hat. Er ist entsetzt, wie sein gelungenes Bauwerk in der letzten Zeit schlecht geredet wurde, was mit den Realitäten wenig zu tun hat. Er will ein qualifiziertes Gutachten über das Gebäude auf eigene Kosten erstellen lassen, wofür er von der Stadt aber Unterlagen braucht! Wegen Krankheit konnte Herr Teich nicht an der BI-Sitzung teilnehmen.



Schulchaos NRW: Essener Schulen fürchten den Kollaps wegen zu vieler Seiteneinsteiger? Nur in Mülheim kein Problem?

2 Jahre lang haben die MBI versucht, die große Problematik der vielen sog. „Seiteneinsteiger“ (SE) an den



Schulen vieler Städte zu thematisieren. Vor Ort in Mülheim, wo man sich lange als Musterstadt in Flüchtlingsfragen vermarktete, trafen unsere Anfragen oder Anträge nur auf fast taube Ohren, auch bei der WAZ. Selbst als die Zustände an der größten Schule, der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, anfangen aus dem Ruder zu laufen, wollten Verwaltung und Zeitung noch alles klein kochen, bis es nicht mehr anders ging, weil die Eltern rebellierten. Ähnliche Probleme gibt es aber an allen Schulformen und –stufen. Nur darf in Mülheim darüber nicht öffentlich geredet werden, sondern nur in irgendwelchen Runden fernab der demokratischen Gremien. **In Duisburg und Essen wird das teilweise nicht ganz so rigide gehandhabt, so dass Probleme nicht alleine deshalb immer tabu sind, nur weil Flüchtlinge beteiligt sind. In Duisburg demonstrierten**

Grundschulen bereits mehrfach und in Essen z.B. schlagen jetzt Eltern aller Schulformen Alarm, vgl. WAZ-Artikel weiter unten.

Die Dimensionen der SE-Problematik sind in den Ruhrgebietsstädten ähnlich: Im „kleinen“ Mülheim geht es um ca. 1200 SE-Schüler, immerhin so viel wie eine gesamte große Schule, in Essen z.Zt. um 4300 SE-Schüler, die alle zum nächsten Schuljahr in die Regelklassen verteilt werden müssen, s.u.. Eine Überforderung vieler Schulen!

Die MBI hatten vor der Landtagswahl mit eindringlichen Fragen alle Parteien um Antworten u.a. zur SE-Problematik gebeten. SPD und Grüne reagierten trotz wiederholter Anmahnung überhaupt nicht und wurden auch wegen des Schulchaos krachend abgewählt. CDU und Linke antworteten zu dieser Frage recht schwammig und nur die FDP erkannte die Problematik überhaupt an. AfD, Freie Wähler und Piraten hielten eine Antwort entweder nicht für nötig oder bekamen das nicht auf die Reihe.

Ende August stellte die neue Schulministerin Gebauer (FDP) ihr Schulprogramm vor, versuchte aber, die gesamte SE-Problematik möglichst auszuklammern,

Ob die neue Ministerin nun will oder nicht, sie wird in dem Punkt nachlegen und andere Bestimmungen erlassen müssen, will sie den Kollaps etlicher Schulen verhindern!

WAZ Essen 12.1.18.: **Schulen: Zu wenig Platz: Essener Schulen fürchten den Kollaps** darin u.a.: „..... So fehlen zu Beginn des nächsten Schuljahres Ende August absehbar 300 Plätze an weiterführenden Schulen – das sind zwölf Klassen. Und auch an den Grundschulen gibt es keine freien Kapazitäten, was auch an den Geburtenzahlen liegt, die seit 2013 wieder steigen. Viele Grundschulen haben bereits ihre Klassengrößen bis aufs rechtlich zulässige Maximum ausgedehnt. „Die Schulen werden die Integration von Seiteneinsteigern im Sommer nicht mehr bewältigen können“, befürchten die Sprecher der Essener Grund-, Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien in einem Brief, der Anfang des Monats an den Oberbürgermeister verschickt wurde. „Die Kapazitäten der Schulen sind überschritten.“

Bei der letzten Erhebung besuchten knapp 4300 so genannte „Seiteneinsteiger“ die Essener Schulen. Nach zwei Jahren „Erstförderung“ verlieren sie diesen Status und gelten als ganz normale Schüler. Die meisten Seiteneinsteiger waren im September an den Grundschulen (1639), an die Gymnasien gingen 825, an Berufskollegs 729 und an Realschulen gingen 352 Seiteneinsteiger.

Genehmigungsfähiger Etat 2018? Nicht wirklich!

SPD+CDU+Grünen-Beschluss zur Etatteilung unbrauchbar und kontraproduktiv

Um die Haushaltslöcher 2017 und 2018 zu stopfen, beschlossen SPD, CDU, Grüne am 7.12.17 u.a.:

- ◆ Aufschlag von 0,5% auf den Zinssatz kalkulatorische Zinsen zur Errechnung des Gebührenbedarfs beim Abwasser: Das soll dem Etat der Stadt in 2018 mit ca. 301.000 €/2019 mit ca. 602.000 €/2020 mit ca. 904.000 €/2021 mit ca. 753.000 €/2022 mit ca. 602.000 € und 2023 mit 105.000 € zugute kommen
- ◆ Aufgabe des Kahlenbergasts der StraBa-Linie 104, was jährlich 800.000 € Einsparung bringen soll

Diese beiden Maßnahmen sind zur Haushaltssanierung aber untauglich bzw. kontraproduktiv!!

Eine **Erhöhung des Gebührenbedarfs durch höhere kalk. Zinsen** rechtfertigt zwar höhere Abwassergebühren, doch dürfen die Mehreinnahmen nicht zur Haushaltssanierung eingesetzt werden, sondern müssen dem separaten Gebührenhaushalt zugute kommen. Dieser muss jährlich kostendeckend errechnet und aufgestellt werden. Werden also durch höhere kalk. Zinsen mehr Gebühren eingenommen, müssen die Mehreinnahmen, sofern nicht bei der Abwasserbeseitigung benötigt, im folgenden oder spätestens in den folgenden 3 Jahren beim Gebührenbedarf gutgeschrieben werden.

Der **Kahlenbergast der heutigen 104** war bis zur Stilllegung des Nordasts der 110 Teilstück der Linie 112, wofür es ca. 90 Mio. Fördermittel gab, als die Linie zum CentrO und weiter bis Sterkrade neu gebaut wurde. Ebenso gab es beträchtliche Fördermittel als "Beschleunigung der Linie 110", womit das Verkehrsprojekt "Ruhrbania Baulos 1" großenteils finanziert wurde, da neben der Herausnahme von Ruhr- und Friedrich-Ebert-Str. aus dem Netz der Hauptverkehrsstraßen auch die Begradigung der vorherigen Kaufhofumfahrung und die neue Zentrale Haltestelle dazu gehörten.

Unabhängig von dem dauernden Nummern-Ändern der StraBa-Linien müssen auf jeden Fall Fördergelder in zweistelliger Millionenhöhe zurückgezahlt werden, wenn auch noch der Kahlenbergast aus dem Netz genommen wird. Bereits zweimal waren Vertreter des RP im Mobilitätsausschuss und haben genau dies unmissverständlich klar gemacht. Auch in den inzwischen 5 verschiedenen Gutachten in wenigen Jahren, alle zur Mülheimer ÖPNV-Zukunft, mussten alle zugestehen, dass bei weiteren Streckenstilllegungen von StraBa-Linien in Mülheim beträchtliche Rückzahlungen an Fördergeldern unvermeidlich sein werden. Dennoch beschlossen CDU mit SPD und Grünen(!) das gegen Sinn und Verstand.

Die MBI baten die RP-Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 12.12. um Stellungnahme zu diesen heiklen bzw. unerlaubten Sparmaßnahmen der Mülheimer Kenia-Koalition.

Bereits in der WAZ vom 18.12. war zu lesen, dass die MBI zumindest in dem Punkt mit der beschlossenen Stilllegung des Kahlenbergasts der 104 zu 100% richtig lagen (Anm.: FDP und BAMH als vehemente Straßenbahngegner hätten dem gerne zustimmen wollen, doch das Kenia-Bündnis ließ keine Einzelabstimmung über ihren "Spar" katalog zu). "Land will jeden Förder-Cent zurück", lautete die WAZ-Überschrift und die RP in wird so zitiert: „Die Bewilligungsbehörden ... dürfen auf diese Ansprüche nicht verzichten“. Genau das hat der MBI-Sprecher im Rat auch gesagt.

Eine Antwort des RP zu den Abwassergebühren steht bis heute noch aus.

14,3 Mio. "Himmelsgeschenke" des LVR helfen Mülheim nicht, wenn nicht endlich seriöse Haushaltsplanung beginnt!

Die gute Wirtschaftslage und seriöse Haushaltsführung haben es dem LVR ermöglicht, die Gebietskörperschaften für die Jahre 2017 und 2018 um fast 1 Milliarde € zu entlasten. Für Mülheim alleine bedeutet das deutlich weniger Umlage und hohe Rückerstattung, also eine Haushaltsentlastung von insgesamt 14,3 Mio. €.

Dieses Geschenk des LVR wird der hoffnungslos überschuldeten Stadt Mülheim aber nur helfen können, wenn die unprofessionelle und unseriöse Mülheimer Haushaltsführung sich ändert.

Die neu gewonnenen Mittel müssten eigentlich konsequent für Haushaltsverbesserung und zum Abbau der Schuldenberge vor Ort eingesetzt werden, nur steht zu befürchten, dass im hoffnungslos unprofessionellen Mülheimer Etatdesaster auch diese LVR-Geschenke erneut versickern werden, falls die Aufsichtsbehörde nicht endlich eingreift!

Zur Erinnerung: Im Finanzausschuss am 27. Nov. musste Kämmerer Mendack bekanntgeben, dass bis 30.9. bereits eine Ergebnisverschlechterung für 2017 von weiteren 8,6 Mio. € „erwirtschaftet“ war und das

- obwohl bereits ca. 6 Mio. € vom LVR und ca. 5 Mio. € Zinersparnis durch den weiter historischen 0%-EZB-Leitzins positiv verbucht werden konnten im Vergleich zur Etataufstellung Ende 2016
- obwohl auch in Mülheim der Wirtschaftsboom noch andauert trotz der düsteren Wolken am Himmel wie u.a. der drohende massive Stellenabbau bei Siemens

SPD-Nabelschau bald vorbei? Wahrscheinlich immer noch nicht, leider



Seit bald 2 Monaten wird die gesamte Republik täglich berieselt mit der Dauer-Nabelschau der von massivem Wählerschwund zuerst in NRW, dann in ganz Deutschland schwer getroffenen deutschen Sozialdemokratie. Doch eigentlich erfährt man fast tagtäglich aus nahezu allen Medien immer das Gleiche. Nacheinander kommen alle Vorder- Hinter- oder Mittelbänkler zu Wort. Die einen beklagen, dass Mr. Schulz, dieser Ritter von der traurigen Gestalt, beim Sondieren z.B. keine Bürgerversicherung durchgesetzt habe (was im Übrigen vor den Wahlen weder von ihm, noch seiner Partei aktiv gefordert worden war), andere reden von staatspolitischer Verantwortung, ansonsten aber meist die gleiche Phrasendrescherei wie bei den No-GroKo-Vertreter/innen.

Die "gute, alte" SPD besteht zum großen Teil hauptsächlich aus Funktionären und die bekommen Angst um ihre Jobs.

Die gesamten SPD-Diskussionen seit der Wahl im Sept. bewegen sich mehr oder weniger im eigenen Saft. Und um die wahren Knack-

punkte, warum die ex-Volkspartei selbst in ihren NRW-Hochburgen so abgestraft wurde, da mogeln sich Partei und Medien zielsicher drum herum.

Und weil die gesamte Parteiführungsriege anscheinend noch nicht kapiert hat, dass die dauernde Erwähnung in gebührenfinanzierten Fernseh- und Radiosendern sowie in fast allen Tageszeitungen sich nicht mehr wie früher in Wählerstimmen umsetzt, eiern und faseln sie weiter herum.

"Natürlich" hat der Parteitag am 21. Januar mehrheitlich für GroKo gestimmt, zur Gesichtswahrung aber Nachforderungen beschlossen. Mehr als alles andere fürchtet die SPD nämlich Neuwahlen, weil sie irgendwie nicht mehr wissen, was mit und bei der Wählerschaft wirklich los ist.

Kurzum: Es wird höchste Zeit, diese SPD-Dauer-Nabelschau zu beenden und nicht noch weiter zu führen, wie zu befürchten ist. Das ganze ist nämlich langsam noch öder als der bereits langweilige Bundestagswahlkampf!

Eigentlich war am Wahlabend im Sept. irgendwie vielen Zeitgenossen bereits klar, dass eine neue GroKo kommen würde. Dass es alleine schon wegen der Frage des Familiennachzugs auch für nicht asylberechtigte Zugewanderte zu keinem Jamaika-Kompromiss zwischen CSU und Grünen kommen werde, war zu offensichtlich.

Hoffentlich fängt die SPD nicht im Nachhinein erneut damit an, wie die SPD-"Linken" es fordern.....

Sie sollten sich in Berlin schleunigst z.B. um die Neugestaltung der Grundsteuer kümmern oder um fehlende öffentliche Klos fast überall oder um die bedrohliche Vereinsamung vieler hier geborener Senior/innen oder

Die Problematiken der Überfremdung, der Überforderung des Rechtsstaats und des Bildungswesens werden die Berliner Traumtänzer und ihre Apologeten sowieso noch von selbst in Atem halten.

Zumindest in Weihnachts- und Neujahrsansprachen haben Bundespräsident und Kanzlerin schon mal zugegeben, dass die Gesellschaft bedrohlich gespalten und zerrissen ist. Das führt zwar zu nix, doch immerhin.

Die SPD und ihr gestörtes Verhältnis zu den Wählern

Auszug aus NRZ Mülheim vom 22.1.18: "Arno Klare ist erleichtert über das SPD-Votum zur GroKo",
"..... Für den bald 66-jährigen Klare, der schon zahlreiche Parteitage erlebt hat, sei das einer der spannendsten gewesen. Er spricht von einer hochklassigen Debatte ohne Tiefschläge. Fraktionschefin Andrea Nahles habe eine grandiose, energiegeladene Rede gehalten. Aber auch Juso-Chef Kevin Kühnert findet trotz unterschiedlicher Meinungen seine Sympathie: "Er ist ein politisches Talent, von dem wir sicher noch mehr hören werden", findet Klare und ist stolz auf den eingeschlagenen Weg.

Für ihn heiße es jetzt weiterhin gut verhandeln und dann die 440 000 Mitglieder von den Vorteilen überzeugen, die große Koalition mit der CDU fortzuführen. "Der Souverän wird dann eine kluge Entscheidung treffen", denkt Klare. Neuwahlen gelte es zu verhindern. Der Wähler sei nur begrenzt belastbar."

Der als Mülheimer SPD-Direktkandidat in den Bundestag gewählte Klare gilt nicht gerade als Vordenker, weder in Berlin, noch im Ruhrgebiet. Er war viele Jahre Geschäftsführer der Partei vor Ort, bevor er 2012 dann in den Bundestag hochgehievt wurde. Und dieser Visionslose hat das ganze wirkliche Problem der



schrumpfenden ex-Volkspartei genau auf den Punkt gebracht.

Das seltsame Demokratieverständnis der "Genossen", die selbst fast immer nur Funktionäre, also Apparatschiks sind. Laut Klare werden also die noch 440.000 SPD-Mitglieder über GroKO entscheiden, was ihr gutes Recht ist, doch "Der Souverän wird dann eine kluge Entscheidung treffen"

Ah ha, jetzt wissen wir es: Der Souverän, laut Grundgesetz einzig das deutsche Staats- und Wahlvolk, wird ersetzt durch die SPD-Mitglieder. Dieser neue "Souverän" entscheidet stellvertretend, weil der eigentliche Souverän, "der Wähler" laut Klare halt "nur begrenzt belastbar" ist.

Unabhängig von allem, womit die angeschlagenen Sozialdemokraten in einer von ihnen völlig heruntergewirtschafteten Stadt wie Mülheim weiter die Lokalmedien füllen, muss man nüchtern feststellen:

Die Zuwanderungspolitik ist Dreh- und Angelpunkt der großen Staatskrise in Deutschland, aber auch beim drohenden Untergang der EU

Die Flüchtlingspolitik ist das Thema der Gegenwart. Auch eine große Koalition will keine Kehrtwende einleiten. Vertreter von Sicherheitsbehörden sind frustriert und rechnen mit einer weiteren Verschlechterung. Die Probleme, die mit der Grenzöffnung im Sommer und Herbst 2015 entstanden, haben die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland ins Beben gebracht. Die Parteien reagieren in ihrer geschäftsführenden Mehrheit und darüber hinaus im schwarz-rot-grünen Lager mit mehr oder weniger humanitär verbrämter Vernebelungsstrategie.

Die sogenannte Flüchtlingskrise hat politische Kollateralbeben ausgelöst, die mit zweijähriger Verzögerung die festgefügte Parteienstruktur Deutschlands heftig erschüttert haben. Wohl weil die Migrationswelle weniger mit Flucht als mit gezielter Zuwanderung aus vieler Herren Länder in das wirtschaftlich florierende Deutschland mit seinen verlockend ausgestatteten Sozialsystemen zu tun hat.

Eine grundlegende Debatte im Bundestag dazu fand bis heute nicht statt. Die geltende gesetzliche Regelung, dass Asylsuchende, die aus sicheren Drittstaaten in die Bundesrepublik einreisen, abgewiesen werden müssen, wurde de facto aufgehoben – ohne jegliche Parlamentsdebatte geschweige denn Gesetzesänderung. **Alle Fraktionen hatten ihre Zustimmung zu diesem Verfahren signalisiert, die Medien kommentierten meist wohlwollend.** Motto: Barmherzigkeit kennt keine Grenzen.

Erneutes Beispiel dafür: der Abschnitt zu „Migration und Integration“ im Sondierungspapier von SPD und Union. Der Text ist genauso unscharf wie die bisherige Migrationspolitik der Bundesregierung. Es ist in Wirklichkeit nichts als heiße Luft.. Alle dort angedeuteten Änderungen sind nichts anderes als die Fortschreibung des Status quo. Von keiner der bis dahin im Bundestag vertretenen Parteien wurde der Stimmungswechsel, die wöchentlich tiefer werdende Spaltung des Landes aufgenommen und zu einem Politikwechsel, mindestens zu einer schonungslos realistischen Analyse verarbeitet. Andere profitierten davon. Vor der Migrationskrise lag die AfD in Umfragen bei dürftigen drei Prozent. Bei der Bundestagswahl 2017 holte sie 12,6 Prozent und zog erstmals in den Bundestag ein. Dort stellt die AfD mit 92 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion. Außerdem ist sie inzwischen in 14 von 16 Landtagen vertreten.